

## **Kleine Anfrage**

**des Abgeordneten Jürgen Creutzmann (FDP)**

**und**

## **A n t w o r t**

**des Ministeriums für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau**

### **Sicherheit der Stromversorgung in Rheinland-Pfalz**

Die **Kleine Anfrage 1431** vom 27. August 2003 hat folgenden Wortlaut:

Die Wirtschaftswoche berichtet in ihrer Ausgabe vom 21. August 2003, dass Bundesumweltminister Trittin die Renditen der Stromkonzerne deutlich reduzieren will. Vor dem Hintergrund des Stromausfalls in der Vereinigten Staaten und Kanada Mitte August wird von den Stromkonzernen darauf hingewiesen, dass „ohne sichere Renditen nicht mehr in die Netze investiert“ werden könne, „womit Stromausfälle wie in den USA drohten“. Nach Angaben der deutschen Energiewirtschaft müssten die Konzerne „in den kommenden Jahren allein 1 000 Kilometer neue Stromleitungen legen, um von Trittin geförderte neue Windanlagen anzuschließen“. Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:

1. Kann nach Kenntnisstand der Landesregierung durch Überlastung der Leitungstrassen in Deutschland ein Zusammenbruch der Energieversorgung wie in den USA und Kanada am 14. August 2003 passieren?
2. Inwieweit müssen auch in Rheinland-Pfalz zum Anschluss neuer Windenergieanlagen zusätzliche Überlandleitungen verlegt werden?
3. Können die Stromkonzerne gezwungen werden, zusätzliche Stromleitungen zu legen, um den Anschluss von Windanlagen in das Stromnetz sicherzustellen?

Das **Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau** hat die Kleine Anfrage namens der Landesregierung mit Schreiben vom 18. September 2003 wie folgt beantwortet:

Zu Frage 1:

Ein vergleichbarer großflächiger Stromausfall wie in den USA und Kanada ist in Deutschland nach der derzeitigen Netz- und Kraftwerksstruktur sehr unwahrscheinlich. Es bestehen ausreichende Kapazitäten, um eine sichere Elektrizitätsversorgung zu gewährleisten. Durch ein engmaschiges Leitungsnetz wird auch bei Defekten die Stromversorgung über sog. Ringschaltungen gesichert und gewährleistet, dass Abschaltungen regional begrenzt bleiben. Darüber hinaus besteht in Mitteleuropa ein Netzverbund, der einen grenzüberschreitenden Stromaustausch ermöglicht und damit die Versorgungssicherheit weiter erhöht.

Zu Fragen 2 und 3:

Der Landesregierung sind bislang keine Fälle bekannt, in denen die Energieversorgungsunternehmen aufgrund des Anschlusses von Windkraftanlagen einen zusätzlichen Netzausbau vornehmen mussten. Es ist derzeit nicht absehbar, ob zukünftig entsprechende Ausbaumaßnahmen notwendig werden.

Hans-Artur Bauckhage  
Staatsminister